

Newsletter Innenpolitik, Datenschutz, Kommunalpolitik 03/2018

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Leserinnen und Leser,

mal wieder füllt Sachsen die Titelseiten der bundesweiten Zeitungen. Seitdem hat mich - in einem bis dahin weitgehend ruhigen Sommer im Landtag - vor allem die Aufarbeitung der Ereignisse in Chemnitz beschäftigt. Wie schon vor drei Jahren in Heidenau gelang es der Polizei nicht rechtsextreme Gewalttäter in die Schranken zu weisen, weil man zwei Tage in Folge die Situation unterschätzte, mit zu wenigen Kräften vor Ort war und das Gewaltmonopol des Staates durch ein Führungsversagen der Polizeiführung preis gab. Spätestens nach dem Bekanntwerden des Angriffs auf das jüdische Restaurant „Schalom“ im Zusammenhang mit den Ausschreitungen in Chemnitz war klar, dass man die Lage nicht im Griff gehabt hatte und es definitiv einen „rechten Mob“ gab. Die politische Verantwortung hätte es geboten, spätestens dann seitens des Innenministeriums und der Polizeiführung personelle Konsequenzen zu ziehen.

Nachdem nun durch den Generalbundesanwalt auch noch eine Terrorzelle in Chemnitz ausgehoben wurde, die sich im Nachgang der Ausschreitungen radikalisierte und Anschläge plante, muss jedem klar sein, dass eine Bagatellisierung von Rechtsextremismus zu einer Radikalisierung beiträgt. Es braucht jetzt eine klare Haltung gegen Rechtsextremismus, eine konsequente Unterstützung der Zivilgesellschaft und mehr Anstrengungen dafür, dass die Sicherheitsbehörden schnell und wirksam gegen Ausschreitungen vorgehen können.

Durch die schlimmen Ereignisse in Chemnitz ist jener Vorfall fast schon in Vergessenheit geraten, der gezeigt hat, dass in Sachsen auch die Pressefreiheit verteidigt werden muss. Der #Hutbürger und das vollkommen überzogene Agieren der Polizei gegen ein Kamerateam des ZDF haben die Frage aufgeworfen, wie wir die Defizite der Polizei im Umgang mit Medien, die sich schon beim mangelnden Schutz von Pressevertreterinnen und -vertretern bei den Demonstrationen von Pegida und Co. gezeigt haben, beheben können. Nach einer Plenardebatte wird sich der Innenausschuss des Landtages mit dieser Frage demnächst weiter beschäftigen.

Seit kurzem liegt dem Landtag der Entwurf des Polizeigesetzes nun auch offiziell vor. Dies wird neben den anderen Übeln im Freistaat ein wichtiger Punkt in der parlamentarischen Arbeit der nächsten Wochen werden. Unsere Bürgerrechte sind nicht verhandelbar. Deswegen werden wir alles tun, um zu verhindern, dass Massenüberwachung und ein Grundmisstrauen der Regierung in die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen in ein neues Polizeigesetz gegossen werden. Dazu werde ich in der nächsten Zeit auch weitere Informationsveranstaltungen anbieten.

Ich wünsche viel Spaß bei der Lektüre des Newsletters.

Beste Grüße
Valentin Lippmann

Inhaltsverzeichnis

1. Chemnitz – Klare Haltung gegenüber Nazis	3
2. Für den Schutz der Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung	5
3. Freistaat oder Polizeistaat – Was bringt das neue Polizeigesetz?	6
4. Sogenannte gefährliche Orte – Einteilung durch die Polizei willkürlich?	7
5. Überwachung der Leipziger Fussballszene hat eine neue Dimension erreicht	8
6. Videoüberwachung in Chemnitz	9
Termine	10
Podcast #13	10
Kleine Anfragen	10

1. Chemnitz – Klare Haltung gegenüber Nazis



Man weiß gar nicht wo man anfangen soll, wenn man über die Ereignisse der letzten Tage in Chemnitz berichten will. Ich beobachte jedoch mit zunehmender Sorge eine Radikalisierung der rechten Szene, die diese Woche in der Festnahme von acht Männern gipfelte. Ihnen wird vorgeworfen eine rechtsterroristische Vereinigung gegründet und schwerste Straftaten gegen Ausländer, Andersdenkende, Politiker oder Journalisten geplant zu haben. Es ist wichtig, dass der Generalbundesanwalt hier relativ schnell Fakten geschaffen und damit möglicherweise einen Anschlag verhindert hat.

Dem allen voraus gegangen war die Tötung eines Chemnitzers in einer Auseinandersetzung mit Ausländern am 26. August. Noch am selben Abend kam es in Chemnitz zu einer ersten Demonstration/Trauermarsch. Obwohl sich an dieser bereits viele gewaltbereite Rechtsextreme beteiligten, war die Polizei mit sehr wenig Personal vor Ort. Es kam zu Übergriffen gegen Ausländer. Bereits am Sonntag wurde für Montag den 27. August zu einer erneuten Demonstration in der rechten Szene mobilisiert. Auch Gegendemonstrationen wurden angemeldet. Letztlich beteiligten sich über 6.000, darunter viele gewaltbereite Rechtsextremisten, an der Demonstration. Die Polizei war gerade einmal mit 600 Bediensteten vor Ort und kaum in der Lage, Ausschreitungen zu verhindern, geschweige denn Straftaten zu verfolgen. Es kam neben zahlreichen Hitlergrüßen auch zu Angriffen auf Ausländer, Gegendemonstranten und das jüdische Restaurant „Schalom“. Als wäre das alles nicht genug für ein Eingeständnis eines kompletten polizeilichen Planungsversagens, hielt Innenminister Prof. Roland Wöllner noch Tage danach an seiner Fehleinschätzung fest, dass die Polizei an diesem Montag alles im Griff gehabt habe. Neben diesem polizeilichen Versagen, heizte ein Justizvollzugsbediensteter durch die Veröffentlichung des Namen eines Verdächtigen des Totschlags die Stimmung im Freistaat weiter an. Ganz Deutschland schaute da bereits auf Chemnitz, was den Ministerpräsidenten in der Regierungserklärung im Landtag am 5. September jedoch nicht davon abhielt, die Gefahren von Rechts weiter zu relativieren und kleinzureden. „Es gab keinen Mob, es gab keine Hetzjagd, es gab keine Pogrome in Chemnitz“ war seine Einschätzung. Ein Satz, der ihm spätestens nach der Aufdeckung der mutmaßlich rechtsterroristischen Vereinigung in Chemnitz in diese Woche im Hals stecken bleiben muss.

Wir GRÜNEN haben versucht mit einer Sondersitzung des Innenausschusses am 3. September, die wir zu den Ausschreitungen in Chemnitz beantragt hatten, Licht in das Dunkel des polizeilichen Planungsversagens zu bringen, was jedoch nur begrenzt gelang. Wie so oft sind die Berichterstattungen der

Medien aufschlussreicher als die Ausführung der Polizeispitze im Innenausschuss. Wir GRÜNEN haben im Zuge dieser Ereignisse noch einmal deutlich gemacht: Um wieder Vertrauen in den Staat und seine Behörden aufzubauen, um weiter rechtsextreme Ausschreitungen und das Abdriften weiter Teile der Bevölkerung nach rechts zu verhindern, braucht es eine klare und sichtbare Haltung der Staatsregierung, allen voran des Ministerpräsidenten. Eine Haltung gegen die rechtsextremen, menschenverachtenden und gewalttätigen Bestrebungen, deren erschreckendes Ausmaß in Chemnitz wieder einmal offenbart wurde.

Redebeitrag von Valentin Lippmann zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Michael Kretschmer: „Es braucht sichtbare – auch personelle – Konsequenzen an der Spitze der sächsischen Polizei“ (77. Sitzung, 5. September 2018, zu TOP 1)

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/parlamentsarbeit/redebeitraege/6-legislatur/regierungserklaerung-lippmann-es-braucht-sichtbare-auch-personelle-konsequenzen-an-der-spitze-der-saechsischen-polizei/>

Den Grünen Antrag: Nach den pogromartigen Szenen und Aufrufen zum „Volkssturm“ in Chemnitz - Klare Haltung gegenüber dem Nazi-Mob - Rechtsstaat verteidigen und Gewaltmonopol des Staates sichern' (Drs. 6/14503) und meine Kleine Anfrage zum Angriff auf das „Schalom“ (Drs. 6/14676) finden Sie hier:

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/2018/angriff-auf-das-schalom-in-chemnitz-wollte-der-innenminister-den-uebergreif-unter-den-teppich-kehren/>

Weitere Pressemitteilungen:

PM, 1.10.2018: GRÜNE begrüßen, dass Generalbundesanwalt gegen rechte Terrorgruppe in Chemnitz ermittelt

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/2018/gruene-begruessen-dass-generalbundesanwalt-gegen-rechte-terrorgruppe-in-chemnitz-ermittelt/>

PM, 03.09.18: Sondersitzung Innenausschuss – Erhebliche Zweifel, dass der Innenminister in der aktuellen Situation der richtige Mann ist

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/2018/gruene-haben-erhebliche-zweifel-dass-innenminister-woeller-in-der-aktuellen-situation-der-richtige-mann-ist/>

PM, 28.08.18: GRÜNE beantragen Sondersitzung des Innenausschusses des Sächsischen Landtags in der laufenden Woche

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/2018/gruene-beantragen-sondersitzung-des-innenausschusses-des-saechsischen-landtags-in-der-laufenden-woche/>

PM, 28.08.18: Pressekonferenz des Ministerpräsidenten – Ruf nach Zivilgesellschaft erfordert 180-Grad-Wende im Denken der CDU

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/2018/ministerpraesident-kretschmers-ruf-nach-der-zivilgesellschaft-erfordert-eine-180-grad-wende-im-denken-der-cdu/>

2. Für den Schutz der Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung

Der als „Hütchen-Mann“ bekannt gewordene Mitarbeiter des Landeskriminalamts, der privat an einer PEGIDA- und AfD-Demonstration anlässlich des Besuchs der Kanzlerin in Dresden am 16. August teilnahm, löste mit seinem vehementen „Filmen Sie mich nicht ins Gesicht“-Protests gegen einen Kameramann einen unverhältnismäßigen Polizeieinsatz gegen Journalisten aus. Dabei haben sich eklatante Mängel bei der Gewährleistung der Presseberichterstattung durch die Polizei gezeigt. Noch bevor die Polizei sich für ihren übermäßigen Einsatz entschuldigt hat, twitterte der Ministerpräsident, dass die einzigen, die bei dem Einsatz seriös aufgetreten seien, die Polizisten waren. Wir GRÜNEN haben deshalb den Antrag „Seriös ist, wer für Grundrechte eintritt – Pressefreiheit in Sachsen schützen“ am 5. September 2018 in die Plenarsitzung des Sächsischen Landtages eingebracht. Hier fordern wir u.a. Fortbildungen und Schulungen der Kenntnisse zur Pressefreiheit und Freiheit der Berichterstattung und die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen und rechtlichen Hilfestellungen für Polizeibedienstete (z.B. für Demonstrationen). Dieser Antrag wurde von der CDU/SPD-Koalition abgelehnt.

Die Dringlichkeit des Themas zeigen auch die Ergebnisse der Studie des European Center for Press and Media Freedom (ECPMF). Laut dieser Studie wurden in diesem Jahr bereits 22 tätliche Übergriffe auf Journalistinnen und Journalisten in Deutschland verübt, davon mehr als die Hälfte in Sachsen. Ziel aller Demokraten in diesem Land muss es sein, die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung in Sachsen effektiv zu schützen und zu gewährleisten.

Informationen zum Thema Versammlungsfreiheit (u.a. der GRÜNE Gesetzentwurf) finden Sie hier: <https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/2018/oeffentliche-anhoerung-sachverstaendige-einig-saechsisches-versammlungsrecht-muss-reformiert-werden/>

Einen Veranstaltungsrückblick finden Sie hier: <https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/termine/mehr-versammlungsfreiheit-wagen/>

3. Freistaat oder Polizeistaat – Was bringt das neue Polizeigesetz?



Am 18. September wurde der Entwurf für ein neues Polizeigesetz in den Landtag eingebracht. Wir GRÜNEN haben uns bereits mit dem zuvor veröffentlichten Referentenentwurf befasst, unsere Kritik daran geäußert, das landesweite Bündnis „Polizeigesetz stoppen“ mitinitiiert und Informationsveranstaltungen organisiert.

Das neue Polizeirecht enthält zahlreiche neue polizeiliche Befugnisse zur Überwachung sächsischer Bürgerinnen und Bürger. Er ist gekennzeichnet von der grundlegenden Entscheidung für ein Mehr an Überwachung und für vermeintlich mehr Sicherheit zu Lasten der Grundrechte jedes und jeder Einzelnen. Diese neuen Befugnisse reichen weit in das Vorfeld konkreter Gefahren hinein. Geplant ist die Ausweitung der Videoüberwachung mit Gesichtserkennung, die stationäre Kennzeichenerkennung, die Ausweitung der Telekommunikationsüberwachung für Fälle, in denen noch keine Straftaten begangen wurden, die Ausschreibung zur gezielten Kontrolle, die Ausweitung von Aufenthaltsverboten und -gebieten, die Einführung der Fußfessel sowie die Absenkung der Voraussetzungen an die Gefahr, die vorliegen muss, wenn die Polizei eingreifen darf.

Unsere GRÜNE Position ist klar: das Gesetz beinhaltet einen massiven Angriff auf die Bürgerrechte, dem wir in keiner Weise zustimmen können.

Hier können Sie mitdiskutieren: grüne Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Freistaat oder Polizeistaat – Was bringt das neue Polizeigesetz?“

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/termine/veranstaltung/freistaat-oder-polizeistaat-was-bringt-das-neue-polizeigesetz-1/>

Weitere Informationen inkl. einer ersten Einschätzung zum Referentenentwurf finden Sie hier:

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/2018/das-neue-polizeigesetz-ist-ein-massiver-angriff-auf-die-buergerrechte-und-eines-freistaates-unwuerdig/>

Redebeitrag von Valentin Lippmann zum Tätigkeitsbericht des Sächsischen Datenschutzbeauftragten: Treten die neuen Polizeigesetze wie vorgelegt in Kraft, muss man sich fragen, was eigentlich an Privatsphäre und Bürgerrechten noch bleibt (79. Sitzung, 26. 09.2018, TOP 10)

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/parlamentsarbeit/redebeitraege/6-legislatur/datenschutzber>

5. Überwachung der Leipziger Fußballszene hat eine neue Dimension erreicht



Die Überwachung der Leipziger Fußballszene und linken Szene rund um den Verein BSG Chemie ist eine traurige Never-Ending-Story – ich berichtete regelmäßig in meinen Newslettern. Anfang August 2018 nun wurde das dritte Strukturermittlungsverfahren gegen Mitglieder der Fußballgruppierung „Ultra Youth“ erfolglos, d.h. ohne Nachweis des Tatvorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung, eingestellt. Auch in diesem Verfahren wurden die Telefone von Beschuldigten abgehört und insgesamt 53.210 Telekommunikationsereignisse gespeichert. Betroffen waren mehrere hundert Drittbetroffene, darunter wieder Berufsgeheimnisträger. Ich halte die Überwachung eines gesamten Phänomenbereichs bzw. eines Fußballumfelds ohne jegliche Anhaltspunkte für eine kriminelle Struktur – insbesondere mit Blick auf die hohe Anzahl von Überwachungsmaßnahmen betroffener Personen – für rechtsstaatswidrig.

Der Verfassungs- und Rechtsausschusses des Sächsischen Landtages hat sich auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 22. August 2018 mit diesem Thema befasst. Dort hat der Sächsische Datenschutzbeauftragte dem Ausschuss auch darüber unterrichtet, dass er das Vorgehen der Ermittler beanstandet hat, weil Teile der Protokolle und Aufzeichnungen der Telekommunikationsüberwachungen, die den Kernbereich privater Lebensgestaltung betrafen, nicht unverzüglich gelöscht wurden. Umso unverständlicher ist, dass die CDU/SPD-Koalition unserem Antrag nicht zugestimmt hat.

Mehr Informationen zum Nachlesen hier:

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/2018/ueberwachung-der-leipziger-fussballszene-ein-solcher-ermittlungsexzess-darf-sich-in-sachsen-nicht-wiederholen/?L=0>

6. Videoüberwachung in Chemnitz



Am 1. Oktober startete die Überwachung der Chemnitzer Innenstadt mit zunächst 25 von 29 installierten Videokameras. Diese Form der anlasslosen Überwachung ist bisher einmalig in Sachsen.

Wir GRÜNEN lehnen eine solche flächendeckende Videoüberwachung ab. Videoüberwachung verhindert keine Straftaten, sondern verdrängt sie allenfalls. Und sie schützt die Opfer von Straftaten nicht, denn wo keine Polizei vor Ort ist, kann nicht geholfen werden. Wir fordern stattdessen eine wesentlich höhere Polizeipräsenz in den Gebieten, wo die Kriminalitätsrate sehr hoch ist.

Mehr Informationen zu diesem Thema hier:

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/2018/die-geplante-videoueberwachung-in-chemnitz-ist-unverhaeltnismaessig-und-in-umfang-und-ausmass-in-sachsen-bislang-einmalig/?L=0>

Am 15. August 2018 fand unter dem Titel „NoCAMnitz“ eine Veranstaltung im Bürgerhaus Chemnitz statt. Einen Veranstaltungsrückblick gibt es hier:

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/termine/nocamnitz-am-15082018/>

Termine

Veranstaltungsreihe „Freistaat oder Polizeistaat – Was bringt das neue Polizeigesetz?“

am 24.10 in Leipzig, 19 Uhr, Pöge Haus Leipzig (Hedwigstraße 20)

am 13.11. in Chemnitz, 18 Uhr, LOKOMOV (Augustusbürger Str. 102)

Weitere Informationen hier:

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/termine/veranstaltung/freistaat-oder-polizeistaat-was-bringt-das-neue-polizeigesetz-1/>

Podcast #13



Räumung des Hambacher Forsts – Innenpolitische Lage der BRD

Meinen aktuellen Podcast ganz bequem zum Nachhören:

<http://valentinlippmann.de/beitrag/5625>

Kleine Anfragen

Meine Kleinen Anfragen finden Sie hier:

<http://valentinlippmann.de/beitrag/parl/anfrage>

Mehrfachsendungen bitten wir zu entschuldigen. Die vorherigen Newsletter finden Sie hier:

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/infothek/newsletter-archiv/?L=0>

Sie möchten keine Newsletter mehr erhalten? Dann schicken Sie eine Email an
juliane.hundert@slt.sachsen.de

Impressum

Für weitere Informationen, Fragen, Anregungen oder Kritik wenden Sie sich bitte an:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

Fax: 0351 / 493 48 09

Valentin Lippmann

Sprecher für Datenschutz, Innen- und Kommunalpolitik, Parlamentarischer Geschäftsführer

Tel.:0351/4934830 | valentin.lippmann@slt.sachsen.de

Dr. Juliane Hundert

Parlamentarische Beraterin für Innen- und Kommunalpolitik, Datenschutz

und Justizariat, Beraterin für den 1. UA (NSU)

Tel.:0351/4934833 | juliane.hundert@slt.sachsen.de

V.i.S.d.P.: Dr. Juliane Hundert